

Zeitschrift: Heimatschutz = Patrimoine
Herausgeber: Schweizer Heimatschutz
Band: 87 (1992)
Heft: 3

Vereinsnachrichten: Intern = Interne

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DV und Wakker-Preis-Verleihung

Impulse für den Heimatschutz

ti. Im Rahmen der diesjährigen Delegiertenversammlung des Schweizer Heimatschutzes (SHS) vom 20. Juni ist der Wakker-Preis 1992 der Stadt St. Gallen übergeben worden. Dies für ihre vorausschauende Baupolitik mittels städtebaulicher Studien über grössere Gebiete als Grundlage für entsprechende Entscheide.

In seiner an die Delegierten gerichtete Eröffnungsansprache im Katharinenaal in St. Gallen erinnerte SHS-Präsident Ronald Grisard an die eher magere Schlusserklärung des Umweltgipfels von Rio sowie an die Volksabstimmung über die Gewässerschutzvorlagen von Ende Mai, an der sich auch der Heimatschutz stark engagiert hatte. Obwohl die Initiative abgelehnt wurde, sei der vom Souverän angenommene Gegenvorschlag besser als nichts. Als Heimatschützer sei man sich an derlei Niederlagen gewohnt, doch die damit verbundenen Diskussionen wären nötig. Grisard dankte deshalb den Sektionen für ihr Engagement und wünschte ihnen viel Kraft zum Weitermachen (siehe separater Artikel).

Anonyme statt Bauherren
 Stadtrat und Bauvorstand Erich Ziltener meinte in seiner Grussadresse, einst habe der Bauherr gegenüber seinen Bauwerken eine persönliche Beziehung gehabt und fühlte sich auch verantwortlich gegenüber der Gemeinschaft für das, was er baute. Heute sei dieser jedoch häufig nur noch eine Gesellschaft, sitze irgendwo (im Ausland), und ihn interessiere lediglich die hohe Ausnutzung und Wirtschaftlichkeit eines Gebäudes. Auch könne in unsern Tagen praktisch alles gebaut werden, was das Papier annehme und man habe es als Baubehörde auch vorwiegend mit anonymen Architekten, Handwerkern, Baustoffen usw.

zu tun. Dies alles schaffe grosse Probleme. Vom Heimatschutz aber, der gerade in St. Gallen ein hohes Ansehen genieisse, fühle sich die Bauverwaltung unterstützt.

Wechsel an der Spitze

Offensichtlich gut gelaunt, genehmigten die Delegierten darauf sämtliche Geschäfte einstimmig. Ronald Grisard wurde unter Beifall für eine weitere Amtsdauer von zwei Jahren als SHS-Präsident wiedergewählt, während Fabio Janner und Peter Hartung zu Vizepräsidenten erkoren wurden. Für

Zweimal Ja

Für die Alpen!

shs. Der Schweizer Heimatschutz (SHS) wird die Neue Alpen-transversale (NEAT) unterstützen, wenn über diese gleichzeitig mit der Alpeninitiative abgestimmt wird.

Der SHS hat die Alpeninitiative schon bei deren Lancierung 1989 unterstützt. Eine Zusammenlegung der beiden Abstimmungen würde eine Parole «2x ja für unsere Alpen!» ermöglichen, und die beiden Vorlagen würden sich gegenseitig unterstützen: Die Alpeninitiative verpflichtet den Bund, den Gü-

tertransport von Grenze zu Grenze auf die Schiene zu verlegen. Damit rechtfertigt sie die von der NEAT verursachten Eingriffe in die Landschaft. Die NEAT wiederum schafft die Transportkapazitäten, die die Verlagerung des Verkehrs auf die Schiene ermöglichen. Für sich allein betrachtet bleibt die NEAT hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Schaden und Nutzen für die Landschaft und Umwelt umstritten. Eine Annahme beider Vorlagen zusammen erschiene dem SHS hingegen ein vertretbarer Beitrag zu einer Lösung, die den Bedürfnissen Europas wie der Schweiz gerecht wird. Die Alpeninitiative verlangt eine Übergangsfrist von zehn Jahren, was etwa der Laufzeit des Transitvertrages entspricht. Somit würde sie dann richtig zu greifen beginnen, wenn die Einschränkungen des Transitvertrages wegfallen.



SHS-Präsident Ronald Grisard (rechts) und Stadtrat Erich Ziltener mit der Preisurkunde vor dem Waaghaus (Bild Keystone-Press)

Le président LSP Ronald Grisard (à droite) et le conseiller municipal Erich Ziltener avec le diplôme du prix Wakker, devant la «Waaghaus» de St-Gall.

die föderalistischen Strukturen des SHS erinnert. Schliesslich kritisierte Jürg Fischlin (Sektion Zürich) einmal mehr die Haltung des Schweizer Heimatschutzes bezüglich der postmodernen Architektur, doch SHS-Präsident Grisard konterte mit der Feststellung, die Beschäftigung mit dem architektonischen Schaffen der Gegenwart als ein heimatschützerisches Muss.

Gezielt weiterbauen

Nach dem gemeinsamen Mittagessen, Führungen durch die Stadt und eine interessante Ausstellung des Hochbauamtes über dessen städtebaulichen Studien versammelte man sich in der Waaghaushalle zur feierlichen Übergabe des Wakker-Preises, die vom Präsidenten des Heimatschutzes St. Gallen/Appenzell IR, Werner Binotto, geleitet wurde und die wir hier im Wortlaut der Berichterstattung der «Neuen Zürcher Zeitung» wiedergeben: «In seiner Laudatio wies Ronald Grisard, der Präsident des Schweizer Heimatschutzes, zunächst auf die Kriterien hin, die schliess-

lich zur Vergabe des mit 15 000 Franken dotierten Preises an St. Gallen geführt hätten. Heimatschutz heisse nicht nur Erhaltung von Bestehendem, sondern auch *Auseinandersetzung mit der Zukunft*, führte Grisard aus. Deshalb habe man sich bei der Suche nach einem beispielgebenden Preisträger 1992 am Thema *«Weiterbauen in der Stadt»* orientiert. Und die St. Galler städtebaulichen Studien seien tatsächlich ein solches nachahmenswertes Beispiel. Einerseits trügen sie dazu bei, dass sich *«das künftige Baugeschehen auf rücksichtsvolle Weise in die historisch-städtebauliche und landschaftliche Umgebung einordnen kann»*. Andererseits zeigten sie, dass *«dank Diskussion statt sturer Anwendung kreativitätstötender Bauvorschriften eine aussagekräftige und hochstehende Architektursprache ermöglicht wird»*.

Gar so euphorisch dann gab sich der St. Galler Stadtrat und Bauvorstand *Erich Ziltener* in seiner Dankansprache zwar nicht. Auch in der Gallusstadt hätten viele Leute *«Mühe mit der Stadtentwicklung»*, erklärte er. (Und dachte dabei wohl an die Auseinandersetzungen um den bevorstehenden Erlass eines städtischen Leitbildes, einer neuen Bauordnung, eines revidierten Zonenplans.) Aber just deshalb bedeute die Verleihung des Wakker-Preises *«Motivation und Aufmunterung»*. Damit verbunden sei zudem eine Hoffnung, schloss Ziltener: die Hoffnung, dass Polarisierungen ein Stück weit abgebaut bzw. überwunden werden könnten.

Umkehr der Beweislast?

Unmittelbar an die eingangs zitierten Sätze des St. Galler Stadtbaumeisters knüpfte schliesslich *Professor Hans Christoph Binswanger* an. Wer ein wertvolles Gebäude abbreche oder ein hässliches aufstelle, verletze *«Eigentumsrechte der Allgemeinheit»*, erklärte Binswanger in seinem Festvortrag. Daraus entwickelte er das konkrete Postulat, dass der Ab-

bruch älterer Häuser durch eine erweiterte Heimatschutzgesetzgebung zu erschweren sei. Generell also hätte zu gelten, *«dass nicht der Wert eines älteren Gebäudes bewiesen werden muss, um seine Erhaltung zu rechtfertigen, sondern umgekehrt der allfällige Unwert – die Baufälligkeit oder Belanglosigkeit – eines älteren Hauses bewiesen werden müsste. Zu diesem Zweck sollte der Abbruch der vor 1920 gebauten*

Häuser in dem Sinne bewilligungspflichtig sein, dass er einer Interessenabwägung ausgesetzt ist, auch wenn die Häuser nicht inventarisiert sind oder nicht in Zonen mit besonderem Schutzcharakter liegen.» Als Rechtsgrundlage schlug Binswanger eine entsprechende Ergänzung der Bundesverfassung vor. Doch das Ziel, fügte er bei, lasse sich schon heute auf kantonaler oder kommunaler Ebene anstreben.»

Viel Kraft zum Weitermachen!

von Ronald Grisard, Präsident des Schweizer Heimatschutzes

Unsere Zeit ist äusserst inflationär. Sie nimmt nur noch das Ausserordentliche wahr – die Weltneuheit, die Spitzenleistung oder den Gag. Im Symphonie-Orchester beispielsweise werden dem Solisten, dem Dirigenten, allenfalls noch dem ersten Geiger Applaus oder Ovationen zuteil – der Rest läuft unter *«ferner liefern»*. Gerade hier schreit die Ungerechtigkeit zum Himmel, denn was wäre der Dirigent ohne seine übrigen Musiker, was der erste Geiger, wenn er auch gleichzeitig der letzte wäre?

Vor wenigen Tagen ging in Rio de Janeiro die grösste je durchgeführte politische Konferenz, der Erdgipfel, die Umweltkonferenz zu Ende. 180 Staatschefs (alles erste Geiger) haben sich zusammengefunden, Abertausende von politischen Funktionären, Begleitmusikern, Presseleute als klatschende oder buhende Zuschauer, Beobachter und Berichtende. Ein Rieseneklat, wohl kaum je so viel Presseecho und als Resultat eine eher klägliche Schlussklärung: Spielte das illustre Orchester die Wassermusik, die Nachtmusik, oder war es gar Katzenmusik?

Vor wenigen Wochen ging in der Schweiz ein eidgenössischer Abstimmungskampf über die politische Bühne. Ein

Kampf, der einem Vorspiel von vielen Jahren folgte. Es ging um die Gewässerschutz-Initiative, es ging auch um den Gegenvorschlag des Parlaments. Auch der SHS hatte sich in diesem Kampf engagiert. Während Jahren hat er jährlich in den Abstimmungsfonds (ein ZV-Beschluss) einbezahlt. Während Jahren auch hat sich nicht nur die Geschäftsstelle SHS, sondern haben sich auch Heimatschutz-Sektionen engagiert. Der Gegenvorschlag zur Initiative, der in den Augen vieler engagierter Kämpfer das Restwasser der Flüsse und Bäche hauptsächlich aus seiner eigenen Verwässerung (der ursprünglichen Zielsetzung) bezog, wurde zwar im Parlament mit riesigem Mehr angenommen. In der Volksabstimmung hatte man sogar Angst haben müssen, auch er würde abgelehnt werden. Er wurde dann relativ knapp angenommen. In Bausch und Bogen wurde die Initiative als extrem, wirtschaftsfeindlich, unwirklich verworfen – kein einziger Kanton zollte Zustimmung. Die sogenannte Alpen-Opec hat in unserem Lande offenbar eine viel bessere Presse als die Opec der arabischen Länder. Offenbar war es aber die Angst des Bürgers, er müsse sich einschränken in sei-

nen Gewohnheiten. Wassermusik, Katzenmusik?

Sie sind als engagierte Heimatschützer und meist Vorstandsmitglieder Ihrer kantonalen Sektionen gewohnt, freudvoll Siege in heimatschützerischen Schlachten zu feiern; sie sind es aber auch gewohnt – leider noch häufiger –, Niederlagen einstecken zu müssen, diese zu verdauen. Siege oder Niederlagen, sie gehören zum sogenannten Tagesgeschäft. Es ist äusserst wichtig, um beim vorher gemachten Bild zu bleiben, dass das Orchester als Ganzes weiterspielt, dass nicht nur der Solist, der erste Geiger, der Trompeter von sich hören lassen, sondern alle Mitmusiker die Saiten erklingen lassen, weiterhin auf die Pauke hauen oder mindestens schlagen. Ohne Tonfülle bleibt es beim alten, geht nichts weiter.

● Rio in der gehabten, etwas enttäuschenden Form ist aber besser als keine Konferenz mit diesen wichtigen Themen;

● ein angenommener Gegenvorschlag ist besser als keiner – und ein lockeres Weiterwursteln der wasserverbrauchenden Kreise (wozu wir ja alle selbst auch gehören);

● eine Heimatschutz-Aktivität in den Dörfern, Städten, in den Sektionen, auch wenn sie gelegentlich Niederlagen einstecken muss, ist wesentlich besser, als wenn keine Opposition da ist, keine öffentliche Auseinandersetzung, keine Diskussion stattfindet.

Wenn der HS in seinen kantonalen oder schweizerischen Organen seine ihm vom Gesetzgeber verliehenen Möglichkeiten der Einflussnahme (u. a. das Beschwerde- und Einspruchsrecht) sorgfältig, gezielt und vor allem verantwortungsbewusst einsetzt, wird er als Gesprächspartner und Opposition auch akzeptiert und anerkannt. In diesem Sinne danke ich Ihnen für Ihr Engagement für unser Land, für Ihre Wohn- und Arbeitsstätte – und wünsche ich Ihnen weiterhin die Kraft, weiterzumachen.

Auszug der Ansprache anlässlich der DV vom 20. Juni 1992

AD et remise du prix Wakker

Incitation à la protection du patrimoine

ti. A l'occasion de l'assemblée des délégués de la Ligue suisse du patrimoine national (LSP), le 20 juin, le prix Wakker a été remis à la Ville de St-Gall, en hommage à sa prévoyante politique des constructions, qui consiste à élaborer des études urbanistiques approfondies avant de prendre des décisions concernant de vastes quartiers.

Dans son allocution d'ouverture, en la «Katharinensaal» de St-Gall, le président LSP Ronald Grisard a évoqué les résultats plutôt maigres de la conférence mondiale de Rio, ainsi que le scrutin populaire de fin mai sur la protection des eaux, en vue duquel la LSP s'était résolument engagée. Si l'initiative a été repoussée, le contre-projet accepté par le peuple vaut tout de même mieux que rien. En tant que ligueurs, nous sommes habitués aux défaites, mais les discussions soulevées seront toujours nécessaires. Aussi le président a-t-il remercié les sections de leur engagement et leur a-t-il souhaité beaucoup d'énergie pour persévérer.

Au maître succède l'anonymat

Le conseiller municipal et directeur des travaux publics Erich Ziltener a souligné, dans son discours de bienvenue, que naguère le maître de l'ouvrage avait une relation personnelle avec ce qu'il bâtissait, et s'en sentait la responsabilité à l'égard de la communauté. Aujourd'hui, ce n'est souvent plus qu'une société, siégeant quelque part (à l'étranger) et ne s'intéressant qu'au plus haut rendement possible d'un immeuble. De plus, on peut actuellement construire quasiment tout ce que souffre le papier, et, en tant que Municipalité, on a surtout affaire à des architectes, artisans, matériaux, etc., anonymes. Tout cela crée de gros problèmes. Mais, grâce

à la LSP, qui jouit justement à St-Gall d'une grande considération, le Service des constructions se sent soutenu dans ses efforts.

Changements au sommet

Apparement de bonne humeur, les délégués ont ensuite dit oui à tous les points de l'ordre du jour. M. R. Grisard a été réélu président LSP par acclamation, pour une nouvelle période de deux ans, tandis que MM. Fabio Janner et Peter Hartung étaient désignés comme vice-présidents. Pour

Deux fois oui

Pour les Alpes!

isp. La Ligue suisse du patrimoine national (LSP) soutiendra le projet de Nouvelles lignes ferroviaires à travers les Alpes (NLFA) s'il est soumis au vote populaire en même temps que l'Initiative des Alpes.

La LSP a déjà soutenu lors de son lancement, en 1989, l'initiative des Alpes. Un groupement des deux scrutins permettrait le mot d'ordre: «Deux fois oui pour nos Alpes!», et les deux projets s'épauleraient mutuellement: l'initiative obli-

succéder à MM. Claude Juillerat et Philippe Neyroud, qui se retiraient, l'avocate genevoise Salomé Paravicini et l'avocat zuricois Caspar Hürlimann ont accédé au bureau du comité central, dont les autres membres ont été confirmés dans leur charge pour une nouvelle période de 4 ans; ç'a été également le cas pour les représentants du public au comité central. Ont été enfin approuvés sans discussion le rapport annuel et les comptes 1991 (v. «Sauvegarde» 2/92). Aux divers, M. Bruno Kläusli, de la section cantonale ZH, a demandé de l'organisation faitière des prises de position plus rapides et fréquentes, par la voie des médias, concernant les questions politiques d'actualité, avec octroi des compétences nécessaires au bureau et au secrétariat général; mais, par la voix des sections GE et VD, a été rappelée la structure fédéra-

ge la Confédération à transférer au rail le transport des marchandises d'une frontière à l'autre; par quoi elle justifie les atteintes au paysage résultant des NLFA.

A leur tour, les NLFA créent les capacités de transport rendant possible le transfert du trafic au rail. A elles seules, du point de vue du rapport entre utilité et dommages pour le paysage et l'environnement, les NLFA sont fort discutables; au contraire, une acceptation simultanée des deux projets apparaît à la LSP comme une solution conforme aux besoins européens comme à ceux de la Suisse. L'initiative des Alpes prévoit une période transitoire de 10 ans, ce qui correspond à peu près au délai d'accord de transit; elle pourrait donc commencer à déployer ses effets juste au moment où tomberaient des restrictions prévues par le susdit traité.

liste de la LSP. Enfin, M. Jürg Fischlin (section ZH) a critiqué une fois de plus l'intérêt que manifeste la LSP pour l'architecture post-moderne; à quoi le président a répondu que cet intérêt pour la création architecturale d'aujourd'hui était pour la Ligue un impérieux devoir.

Points de vue

Après le déjeuner, des visites de la ville et d'une intéressante exposition sur ses études urbanistiques, on s'est retrouvé à la «Waaghaushalle» pour la remise du prix Wakker, cérémonie présidée par M. Werner Binotto, président de la section St-Gall/Appenzell R.-I. Le prix décerné à St-Gall, a souligné le président Grisard dans son allocution, montre bien que «Heimatschutz» ne signifie pas seulement conservation de ce qui existe, mais aussi analyse et préoccupation de l'avenir. Dans son discours de remerciement, M. E. Ziltener a déclaré que même à St-Gall, l'évolution de la ville a de quoi donner bien du souci; mais c'est justement pourquoi le prix Wakker équivaut à motivation et encouragement. Enfin, le professeur H.-C. Binswanger a déclaré que ceux qui démolissent un précieux édifice ou en construisent un laid «attendent aux droits de propriété de la communauté». Postulat: «On ne devrait pas avoir à prouver la valeur d'un édifice ancien pour justifier sa sauvegarde; c'est au contraire son éventuelle non-valeur qui devrait être démontrée. En ce sens, la démolition de maisons construites avant 1920 devrait être sujette à autorisation, même si elles ne sont pas inventoriées ou en zone protégée. Il faudrait, comme base juridique, une disposition complémentaire de la Constitution fédérale; mais actuellement déjà, on peut tendre à ce but sur le plan cantonal et communal.»